

Telekom-Standort Trier

Schließung der Telekom-Standorte: Die Schließung der Call Center der Telekom betrifft viele Standorte in Rheinland-Pfalz: Trier, Bad Kreuznach, Kaiserslautern, Mainz und Neustadt an der Weinstraße. In Trier könnten dadurch bis zu 140 Arbeitsplätze abgebaut werden. Der Rückzug der Telekom bedeutet gleichzeitig eine Schwächung der hiesigen Infrastruktur: Es besteht dadurch die Gefahr, dass Unternehmen sich wegen des weggebrochenen Telekommunikationsnetzes nicht mehr in der Moselregion ansiedeln würden.

Nein zur Schließung der Telekom-Standorte: Die Telekom will ihre Arbeits- und Organisationsstrukturen konzentrieren und zentralisieren; sie hofft, so Ausgaben einsparen zu können. Zwar verspricht die Telekom, dass sie keine Arbeitsplätze abbauen wolle, sondern diese nur nach Bonn oder Frankfurt verlagern werde. Das bedeutet für die Betroffenen entweder lange Arbeitswege oder ein Umzug nach Bonn oder Frankfurt. Gerade für Familien ist dies besonders problematisch. Denn entweder werden Kinder aus ihrem Umfeld gerissen oder ein Elternteil wird zum Pendeln gezwungen. Die Telekom rechnet deshalb damit, dass viele Beschäftigte mit dem Umzug das Unternehmen verlassen werden, da sie ihr Lebensumfeld nicht aufgeben wollen. Die sogenannte Standortkonsolidierung ist somit nichts Anderes als ein Sparkurs auf Kosten der Angestellten und der Rückzug eines Dienstleistungsunternehmens aus der Fläche – zum Leidwesen der Kunden.

DIE LINKE fordert: dass alle Standorte der Telekom Call Center in Rheinland-Pfalz erhalten bleiben. Dabei unterstützt sie die Proteste und Aktionen der Gewerkschaften gegen die Schließung. Durch den Abzug der Telekom wird die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation in Rheinland-Pfalz verschärft. Aus Profitgier dürfen keine Arbeitsplätze gestrichen werden. Leidtragende sind die Beschäftigten und die Kunden. Den Aktionären der Telekom wird eine jährliche Dividende von 3,4 Milliarden Euro gestellt, während von den Beschäftigten verlangt wird, lange Pendelwege oder einen Umzug in Kauf zu nehmen.

Telekom-Standort Trier

DIE LINKE fordert eine dezentrale Wirtschaftspolitik, in der die lokalen Wirtschaftskreisläufe erhalten bleiben. Durch eine Zentralisierung, wie sie von der Telekom vorgenommen wird, profitieren nur bevölkerungsreiche Regionen und Städte. Eine nachhaltige überregionale Arbeitspolitik ist damit jedoch nicht möglich.

Ziemlich schnell entstand ein Bündnis aus Gewerkschaften, Kommunal-, Landes- und BundespolitikerInnen aller Parteien, die für den Erhalt der Standorte eintraten. Es wurde ein Treffen mit der Telekom-Geschäftsführung vereinbart, um über die Standortsicherung zu verhandeln. Als aber Telekom-Vorstandsvorsitzender René Obermann an diesem Termin nicht teilnahm, wurde das gesamte Treffen abgesagt.